



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 38
Fernschreiber 0886890

P/XV/29 - 4. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Platonische Erklärungen genügen nicht ! Die Gefahr der isolierten Behandlung des Berlinproblems	30
2	Gute oder vollgestopfte Köpfe ? UNESCO untersucht Schulprogramme	44
3 - 4	Moderne Gesellschaft - moderne Mittelschichten Von Fritz Wilhelm Hörauf, MdB.	68
5	Das falsche Sozialprestige Inspektorenanwärter mit Abitur	37
6	Atomwaffen für alle ? Unbehagen über Eisenhowers Ankündigung	37

* * * *
* * *

Platonische Erklärungen genügen nicht !

Die Gefahr der isolierten Behandlung des Berlinproblems

sp - Keinem Verantwortlichen in der deutschen Politik bereitet es Freude, Gegensätzlichkeiten künstlich aufzureißen. Es gibt jedoch Situationen, in denen nichts abträglicher wäre als der Versuch, Meinungsverschiedenheiten zu verwischen. Wenn die im Bundestag vertretenen Parteien erklären, es gäbe eine gemeinsame Front in der Beurteilung des Berlinproblems, so ist das insofern richtig, als sicher nur das Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte des Westens imstande sein wird, den Zugriff des Ostens auf Berlin zu lockern. Welche Methode hierbei angewandt werden muß, ist ebenfalls nicht Gegenstand sehr tiefgehender Auffassungsunterschiede.

Ebenso notwendig, wie diese Feststellung ist jedoch der Hinweis, daß von einer zielbewußten deutschen Politik alles getan werden muß, um eine isolierte Behandlung des Berlinproblems bei den kommenden großen internationalen Ost-West-Verhandlungen zu vermeiden oder zu verhindern. Wenn eine irgendwie geartete Berlinlösung "allein im Raume stehen bleibt", ohne daß die Probleme der Abrüstung - auch der regional begrenzten Abrüstung! -, die Deutschlandfrage und überhaupt die ganze Problematik der Entspannung zwischen Ost und West auf den Verhandlungstisch gelangen, dann bleibt das Damoklesschwert sowohl über Berlin selbst wie auch über den Schicksal des ganzen deutschen Volkes hängen.

Aus diesem Grunde muß bei einer Übereinstimmung in der Berlinfrage sachlich erörtert werden, welches heute noch die Mittel sind, mit denen die Entspannung in Europa durch einen eigenen deutschen Beitrag befruchtet werden könnte. Platonische Erklärungen, man sei "auch zur Abrüstung bereit", während man gleichzeitig die atomare Rüstung der Bundeswehr beschleunigt, sind kein Beitrag zu der inzwischen wohl allgemein als richtig anerkannten These, das Deutschlandproblem und die Berlinfrage könnten nur in einer Entspannungsatmosphäre ihrer Lösung nähergebracht werden.

Gute oder vollgestopfte Köpfe?

sp - Ein Sonderkomitee der UNESCO, das gegenwärtig die Schulprogramme zahlreicher Länder untersucht, stellt fest, daß den Schülern der Mittelstufe im allgemeinen zuviel Stoff eingetrichtert wird. "Dieser Zustand wird erst geändert werden können, wenn die Fachleute für Schulfragen die Idee ablehnen, wonach Wissen gleichbedeutend mit Erziehung und Kultur sei, und je mehr ein Schüler wisse, desto entwickelter sei auch sein Geist". Es kommt nicht so sehr auf die Zahl der Fächer und der Unterrichtsstunden als vielmehr auf die Qualität des Unterrichtes an.

In einer Welt, die sich im Verlaufe des letzten Jahrhunderts völlig gewandelt hat, ist natürlich der Umfang des Wissens unvorstellbar angewachsen. Auch heute ist eine gewisse Beruhigung dieser Entwicklung keineswegs abzusehen. Aber gerade dieses Übermaß an neuen Erkenntnisse, die in keinen Lehrplan mehr hineingepresst werden können, zwingt zu einer weisen Beschränkung und zur Besinnung auf das Wesentliche.

"Die Lösung liegt vielleicht in der Einführung besserer Lehrmethoden, die darauf ausgerichtet sind, den Schüler zu befähigen, sich der Werkzeuge und Techniken des Lernens selbstständig zu bedienen, um ihn in die Lage zu versetzen, sich persönlicheren Studienzielen zu widmen."

Diese "Methode der Auswahl" - sie hat den Nachteil, frühzeitig das Spezialistentum zu fördern - kann die Schulprogramme wesentlich entlasten, wobei es aber natürlich nötig ist, die Schüler in der Wahl und Durchführung "ihrer" Studien verständig anzuleiten. Nach Ansicht der UNESCO-Kommission besteht die wichtigste Aufgabe des Unterrichts auf der Mittelstufe darin, "die Fähigkeit des Kindes zu fördern, im Rahmen seiner Erfahrungen die Welt der Ideen, der Menschen und Dinge zu verstehen", ohne dabei die Aneignung secklicher Kenntnisse etwa zu unterschätzen. Man sollte sich jedoch darüber Rechenschaft geben, daß

"das Wissen allein von zweifelhaftem Werte ist, wenn es sich nicht zur Weisheit vertieft. Und Weisheit bringt nur wenig Hilfe, wenn sie nicht zur Nächstenliebe und zur Anteilnahme führt, zu jener Tugend, welche die starre Abschrankeung niederlegt, die das Ich umgibt, und unser Gefühl, zur Menschheit zu gehören, schärft."

Es ist recht ungewöhnlich, von einer Expertenkommission solche Schlussfolgerungen zu vernehmen, die sich nicht mit statistischen Angaben untermauern lassen. Aber es ist wahrhaftig nicht überflüssig, unsere Bildungssysteme, die meist noch aus einer ganz anderen Zeit stammen, von Grund auf neu zu überdenken. Oder soll die Generation von Morgen weiterhin in Anstalten von Gestern geformt werden? Das Zeitalter der Automation und der Atomenergie braucht der Allgemeinheit verpflichtete, bewußte Menschen. + + +

Moderne Gesellschaft - moderne Mittelschichten

Von Fritz Wilhelm Hörauf, MdB

Ein Wesenszug der industriellen Wirtschaft ist die Konzentration zur Großunternehmung. Der Konzentrationsprozeß greift immer mehr über auch auf jene Bereiche, die noch in früheren Jahrzehnten als Domäne kleiner und mittlerer Unternehmen galten. Letztere werden zunehmend zu Zubringern der Großunternehmen, während das Handwerk immer stärker auf Dienstleistungen verwiesen wird.

Wer sich in dieser Welt des beständigen Wandels bewähren will, muß prüfen, wo seine besonderen Begabungen, seine Leistungsfähigkeit und seine Chancen liegen. Die Stärke der Handwerker sowie anderer kleiner und mittlerer Selbständiger liegt noch immer in ihrem engeren Kontakt zum Verbraucher und in ihren auf Individualität gerichteten Leistungen. Diese Vorzüge werden um so wirksamer, wenn wirklich freier Wettbewerb herrscht.

Darum ist es um so mehr die Aufgabe des Gesetzgebers und des Staates, die Voraussetzungen für den echten Wettbewerb zu schaffen, die Ungleichheit im Start für die kleinen und mittleren Selbständigen zu beseitigen und die Macht der großen Unternehmen so zu beschränken, daß sich die kleinen bewähren können.

Andererseits können diejenigen, die vom Wettbewerb der Leistungen leben müssen, nicht erwarten, daß ein Schutzzaun gesetzlicher Bestimmungen um ihren Existenzbereich gezogen wird. Insgesamt gesehen haben sich ja auch die kleinen und mittleren Selbständigen trotz des Industrialisierungs- und Konzentrationsprozesses gut behauptet. Man hat sich angepaßt, hat veraltete Arbeitsmethoden adgegeben und neue entwickelt.

Art und Umfang der Selbständigkeit haben sich gewandelt. Vom Lebenswillen wie auch von der Lebens- und Leistungsfähigkeit der Betroffenen zeugt es, wenn von 25 Millionen Erwerbstätigen heute drei Millionen selbständige mittlere und kleinere Unternehmer sind, die rund die Hälfte aller Erwerbstätigen beschäftigen.

Der Mut und die Leistungsfähigkeit, aber auch ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bedeutung verdienen es, daß eine zielbewußte Mittelschichtenpolitik ihnen die Bewährung leichter macht. Auch an sie wird die jüngste technische Entwicklung, hin zur Automation, neue große Anforderungen stellen. Der Großwirtschaft stehen ge-

rügend Mittel zur Verfügung, um Forschung und Wissenschaft in ihre Dienste nehmen zu können. Sie finanziert sich weitgehend selbst, aber auch der Kapitalmarkt steht fast ausschließlich ihr zur Verfügung. So hat sie auch hier ein Übergewicht erhalten, das im Gegensatz zur Förderung nach gleicher Chance des Starts und der Entwicklungsmöglichkeiten für alle steht. Die soziale Gerechtigkeit muß auch die Mittelschichten umfassen. Sollten die selbständig Schaffenden ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, sollen sie sich im Wind des Wettbewerbs bewähren, dann muß das soziale Unrecht der ungleichen Chance auch für sie beseitigt werden.

Jedoch helfen einzelne und vereinzelte Maßnahmen, wie sie bisher üblich waren, für die Dauer nicht. Die selbständig Schaffenden müssen ein Fundament planmäßiger und geschlossener Maßnahmen unter die Füße bekommen.

Auf einer Veranstaltung der "Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD" in Berlin hat im Herbst 1958 der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Heinrich Deist die wichtigsten Punkte eines solchen Programms für die Mittelschichten genannt:

Schutz des freien Wettbewerbs und Bekämpfung des Machtmißbrauchs;

ausreichende Kapitalversorgung;

Alterssicherung für die selbständig Schaffenden: Errichtung eines Bundesinstituts für die selbständig Schaffenden.

"Die Mittelschichtenpolitik des freiheitlichen Sozialismus" - so sagte Deist - "ist kein taktisches Manöver, mit dem man vielleicht in Wahlkämpfen die eine oder andere Stimme gewinnen kann. Sie beruht auf der im Laufe der Jahrzehnte gewachsenen tiefen Überzeugung, daß eine breite Schicht leistungsfähiger, fortschrittlicher, selbständig Schaffender für eine freiheitliche Ordnung der modernen Gesellschaft ebenso nötig ist wie eine große, freie, ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewußte Arbeitnehmerschaft".

Diese Sätze sind ein Programm!

Das falsche Sozialprestige

Dies ist eine unswiften Schrift aus Bundesinnenministerium, in der zur Lösung der Hochschul-Überfüllung das "Herausprüften" jedes vierten Studenten empfohlen wurde, ist es wieder still geworden. In der Zwischenzeit eines Jahres an eine bekannte Wochenzeitung fand sich kürzlich noch der nette Vorschlag an den Bundesverkehrsminister, zur Beseitigung der Straßen-Überfüllung jeden vierten Führerscheininhaber hinaussuprüfen, wobei man wirklich die ganz Idee in den Bereich des Kabarette geschoben hat - ist das die neue Lösung an gebürtig.

Zwischen "Höherer Schulen und Höherer Schulen wird nach wie vor der Schwarze Faden hin- und hergeschoben, weil man eigentlich die Befähigung zum Hochschulstudium festzustellen habe. Die einen halten es für Aufgabe der Gymnasien, bei der Erkennung der Hochschulreife strengere Maßstäbe anzulegen, die anderen wollen den Universitäten Aufnahmeprüfungen (zusätzlich zum Abitur) nahelegen. Mit Recht wehren sich die Hochschulen gegen Aufnahmeprüfungen, indem sie die Frage stellen, welchen Sinn das eigentlich das Abitur noch habe.

Der Rang nach falschem Sozialprestige hat das Bundesinnenministerium jenen Teil der Studenten vorgeworfen, der ohne Examen die Hochschule verläßt. Eigenartigerweise aber ist es dasselbe Ministerium, das als die oberste Behörde in Beamtenangelegenheiten einem falschen Sozialprestige hulldigt, wenn es um den Nachwuchs für die Beamtenlaufbahn geht.

Für die Laufbahn des gehobenen Dienstes schreibt das Bundesbeamten-gesetz "der erfolgreichen Besuch einer Mittelschule oder eine entsprechende Schulbildung" vor. Besser ungeachtet kann man laufend Stellenangebote von Bundesämtern im Bereich des Innenministeriums finden, die für die Bundesbeamtenwärter das Abitur fordern. Ein gleiches tut das Bundesverkehrsministerium, und bei der Bundespost gilt für den Postinspektor das Abitur sogar als Regel.

Keinem Aktionisten hat verwehrt, sich für die gehobene Beamtenlaufbahn zu bewerben. Aber Stellenanzeigen mit einem Mehr als den gesetzlichen Anforderungen schrecken die von der Bewerbung ab, an die der Gesetzgeber in erster Linie gedacht hat. Diese Beispiele der öffentlichen Hand bleiben selbstverständlich nicht ohne Folge in der privaten Wirtschaft. Vor allem aber fördern sie das falsche Sozialprestige und rufen einen stärkeren Drang an die Hochschulen hervor, über den das Bundesinnenministerium klagt.

Atomwaffen für alle?

sp - Die Vereinigten Staaten erwägen eine entscheidende Änderung ihrer bisherigen Atomwaffenpolitik. Das Gesetz, Atomwaffen und Informationen über die Atomforschung auch an Verbündete nicht weiterzugeben, soll nach einer Ankündigung Eisenhower aufgehoben werden. Das ist keine gute Sache. Nach Eisenhower haben die Verbündeten einen Anspruch darauf, mit den "wirksamsten" Waffen ausgerüstet zu werden, wobei ihnen auch ein Mitspracherecht bei der Verwendung zugebilligt wird.

Für die bundesrepublikanischen Aufrüstungsapostel muß das Musik in ihren Ohren sein; für die übrige Welt aber ist das keine angenehme Botschaft. Es dürfte in USA-Kongreß darüber zu großen Auseinandersetzungen kommen, und es scheint auch nicht sicher, ob Eisenhower mit seinem Verlangen durchkommen wird.

Viele USA-Senatoren scheuen vor der Aussicht, auch die Deutschen mit Atomwaffen ausgestattet zu wissen. Sie stehen hier nicht allein. Die Vorgänge in der britischen Labour-Party lassen erkennen, wie weit das Unbehagen über diese amerikanische Ankündigung umschgreift. Nur schweren Herzens hat sich seinerzeit die Labour-Party für die westdeutsche Wiederbewaffnung entschlossen. Unter dem Eindruck der antisemitischen Sudeleien in der Bundesrepublik bekamen die Gegner der deutschen Wiederbewaffnung insoweit Oberhand, als sie die Unterhausfraktion der Labour-Party zwangen, einen Tadelantrag gegen die Regierung einzubringen, sofern diese die Verwirklichung der amerikanischen Ankündigung widerspruchslos hinnehmen sollte. Der Labour-Antrag ist von der Besorgnis diktiert, daß durch eine Ausstattung mit Atomwaffen für alle NATO-Mitglieder eine unnötige Verschärfung der internationalen Lage erfolgen würde und die Aussichten für ein Gelingen der kommenden Gipfalkonferenz infrage stellen müßte.

Möglicherweise hat Eisenhower seine Ankündigung nur als Schreckschuß gemeint. Die Reaktion darauf müßte ihn belehren, daß solchen Finessen auch Grenzen gezogen sind. Was auf die Sowjetunion abschreckend wirken sollte, empfinden viele Briten - und nicht nur Briten - als einen unerträglichen Alpdruck, ja, als eine mögliche Bedrohung gegen sich selbst. Die Verbreitung von Atomwaffen auf viele Länder würde gewiß nicht zur erhöhten Sicherheit der westlichen Welt beitragen, aber für manche eine Versuchung sein, auch mit dem gefährlichen Feuer zu spielen.